



Dienstag, 29. Juni 1976

Blatt 1406

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Gute Aussichten für wirtschaftliche Entwicklung in Wien
(rosa) ÖVP-Aktion auf Scala-Gründen ist gesetzwidrig
Wiener Gemeinderat

Lokal: Gratz bei nächtlichem Pioniereinsatz auf dem Karlsplatz
(orange) Schieder: Sendertrennung erster Schritt - echte
Regionalisierung im ORF erforderlich
Ab 1. Juli: Ja zu "Radio Wien"
Kinder- und jugendpsychologische Beratungsstellen auch
während der Sommermonate
Rendezvous in Hietzing

Kultur: Rudolfsheim-Fünfhaus: Deutsches Blasorchester leitet
(gelb) musikalischen Sommer ein

Kommunal-international: Berliner S-Bahn wird teurer
(rosa)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

ab 1. juli: ja zu "radio wien"

1 wien, 29.6. (rk) einen eigenen lokalsender hat wien ab 1. juli: das landesstudio wien des orf verfuegt ab donnerstag ueber einen eigenen ukw-sender, der auf 89,9 mhz zu hoeren sein wird. das wiener regionalprogramm bietet damit jaehrlich 333 stunden sendezeit mehr.

fuenf neue sendungen wird "radio wien" in zukunft gestalten: taeglich gibt's von 11.05 bis 11.30 uhr das "magazin um elfuhr-fuenf", von 18 bis 18.20 uhr wird die landesrundschau-abendausgabe mit sport ausgestrahlt. in dieser sendung sind zehn minuten aktueller berichterstattung und zehn minuten sport geplant. anschliessend an die landesrundschau, von 18.20 bis 18.45 uhr, bietet das studio wien musik. weitere musiksendungen sind jeden mittwoch zwischen 20 und 21.30 uhr sowie jeden donnerstag von 20.05 bis 22 uhr zu hoeren. die mittags-landesrundschau wird allerdings auch ueber den sender wien in der gewohnten form "fuer wien, niederoesterreich und burgenland" ausgestrahlt, da ja zahlreiche themen aus einem der drei bundeslaender auch fuer die hoerer der anderen interessant sind.

mit der inbetriebnahme des neuen senders fuer wien auf dem kahlenberg - der sender steht bereits seit mitte juni im probebetrieb - werden ein alter wunsch der stadt wien und eine vehemente forderung des landeshauptmannes und buergermeisters leopold gratz erfuehlt. ein grosser teil der fuer niederoesterreich und burgenland reservierten sendezeit steht nun wien zur verfuegung. diese ausweitung des wiener regionalprogramms wird den wienern eine erweiterung der lokalberichterstattung und der regionalen musikprogramme bringen.

zum auffinden des neuen wiener senders im ukw-bereich auf 89,9 mhz braucht man nur ein wenig geduld und fingerspitzengefuehl: 89,9 mhz sind in unmittelbarer naehe des auf jedem gaengigen ukw-radio angezeichneten 90 mhz-frequenz zu finden. diese frequenz befindet sich an einem ende der ukw-skala, je nach bauart des geraetes ganz rechts

./.

oder links, ganz oben oder unten. der knopf fuer die senderwahl muss nur von 90 mhz ein wenig richtung 88 mhz - diese frequenz ist auf den meisten ukw-radios noch verzeichnet - gedreht werden, um den neuen wiener sender zu hoeren. den wiener lokalsender auf der skala mit filzstift oder einem duennen stueck klebestreifen zu markieren, erspart in zukunft laengeres suchen. (hs)

0943

L o k a l :

=====

kinder- und jugendpsychologische beratungsstellen auch waehrend
der sommermonate

2 wien, 29.6. (rk) auch waehrend der sommermonate werden die kinder- und jugendpsychologischen beratungsstellen des jugendamtes der stadt wien zum groessten teil zu den normalen oeffnungszeiten zur verfuegung stehen. geschlossen werden in den monaten juli und august die beratungsstellen 3, baumgasse 12, 2, karmelitergasse 9, 9, sobieskigasse 30, 21, floridsdorfer hauptstrasse 12, 13, hietzinger kai 1 und 6, linke wienzeile 82. nur im monat juli ist die beratungsstelle 10, puchsbaumgasse 30 - 36 und im monat august die beratungsstellen 14, linzer strasse 251 und 16, ottakringer strasse nr. 217 geschlossen. waehrend der gesamten ferienzeit wird die telefonische erziehungsauskunft jeweils montag bis freitag von 8 bis 11 uhr unter der telefonnummer 63 35 33 zu erreichen sein. (may)
0944

rendezvous in hietzing

3 wien, 29.6. (rk) unter diesem motto gibt der neue hietzinger bezirksvorsteher eugen g u t m a n n s b a u e r in zusammenarbeit mit dem club international am 30. juni, 20 uhr, im restaurant napoleonwald einen empfang fuer alle diplomaten, die in hietzing ihren sitz haben oder im bezirk wohnen. zweck des empfangs - so gutmannsbauer - ist die herstellung von kontakten zwischen den diplomaten und den bezirksmandataren sowie in weiterer folge auch mit der hietzinger bevoelkerung. (am)
0945

k u l t u r :

rudolfsheim-fuenfhaus: deutsches blasorchester leitet musikalischen
sommer ein

4 wien, 29.6. (rk) mit einem deutschen blasmusikorchester wird
der musikalische sommer 1976 im 15. bezirk eingeleitet: auf einla-
dung von bezirksvorsteher max e d e r spielt das ''grosse blas-
orchester - musikverein onstmettingen, brd'' am donnerstag, dem
1. juli, um 16 uhr, im terrassencafe der stadthalle.

ausser diesem von der bezirksvertretung zusaetzlich zum sommer-
musikprogramm veranstalteten konzert gibt es in rudolfsheim-fuenfhaus
noch acht parkkonzerte. blasmusikkapellen werden am 6., 13., 20. und
27. juli sowie am 3., 10., 17. und 24. august jeweils um 17.30 uhr
im terrassencafe der stadthalle spielen. (hs)

0946

k o m m u n a l i n t e r n a t i o n a l :

=====

berliner s-bahn wird teurer

5 wien, 29.6. (rk) die berliner s-bahn wird ab 1. juli fuer die westberliner teurer werden: fuer einen einzelfahrschein muessen die bewohner der stadt ab diesem tag wahrscheinlich 80 statt bisher 50 pfennige zahlen.

die von der ddr-reichsbahn betriebene s-bahn verzeichnete laut mitteilung der adn im jahr 1975 ein defizit von etwa 100 millionen mark. die ddr fordert seit langem eine beteiligung des westberliner senats an den verlusten, was jedoch vom senat abgelehnt wurde. das angebot der ddr, die s-bahn an den westberliner senat zu verpachten, wurde bisher nicht aufgegriffen. der s-bahn-fahrpreis war zuletzt im jahr 1972 erhoehrt worden: der preis fuer den einzelfahrschein stieg damals von 30 auf 50 pfennig. (hs) (quelle: reuter)

0948

Kommunal:

=====

Soziales und Gesundheit

=====

Wien, 29. Juni (RK) Die Montag unterbrochene Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde Dienstag mit der Debatte über das Kapitel Soziales und Gesundheit wieder aufgenommen. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher (SPÖ) wies in seinem Bericht auf die stark gestiegenen Gesamtausgaben seiner Geschäftsgruppe hin: Sie sind um mehr als 20 Prozent von 5,5 Milliarden Schilling im Jahre 1974 auf 6,6 Milliarden im Jahre 1975 gestiegen.

Allein die Ausgaben des Sozialamtes stiegen von 671 Millionen auf 849 Millionen Schilling, das ist um rund 26 Prozent. Der Schwerpunkt der Bemühungen lag bei den sozialen Diensten für die älteren Mitbürger und Maßnahmen für die Behinderten. Dem entsprechend wurden zum Beispiel die Leistungen des Heimhilfedienstes verstärkt. Er wurde um mehr als 30 Prozent stärker beansprucht als im Vorjahr. Das Sozialservice der Stadtverwaltung wurde erweitert - durch den Ausbau des Hauskrankenpflagedienstes und des Besuchsdienstes. Grundsatz bei all diesen sozialen Diensten ist es, daß sie jeder Wiener, unabhängig von seinem Einkommen, in Anspruch nehmen kann. Für Personen mit niedrigem Einkommen sind die Dienste umsonst. Wer ein höheres Einkommen hat, muß einen entsprechenden Kostenbeitrag leisten.

Ein wichtiger Teil der Sozialarbeit ist die Überwindung der Einsamkeit betagter Menschen. Zu diesem Zweck wurden die "Fahrten ins Grüne" organisiert, die Zahl der Pensionistenklubs auf 145 vermehrt, verschiedene Ausflugsaktionen und die Seniorenwoche ins Leben gerufen. Zur Unterbringung der älteren Mitbürger wurden drei neue Pensionistenheime eröffnet, so daß nun fast 3000 Heimplätze zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sozialarbeit waren die Maßnahmen für die Behinderten. Stacher wies in diesem Zusammenhang auf die Änderung der Regreßbestimmung hin, die für ganz Österreich einmalig ist. Erstmals wurde ein Transportdienst für Behinderte eingerichtet,

weiter wurde Wiens erste geschützte Werkstätte in Betrieb genommen. Darüber hinaus wurde in der Krankenanstalt Rosenhügel die Abteilung für gehirngeschädigte Kinder mit einem Kostenaufwand von 73 Millionen fertiggestellt, die in der Welt ihresgleichen sucht. Insgesamt wendete Wien 268 Millionen Schilling auf und liegt im Vergleich zu anderen Bundesländern weit an der Spitze.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurde vor allem das Programm der Vorsorge weiter forciert: Die Röteln-Antikörperbestimmungen sowie die Rötelnimpfungen wurden ausgedehnt; im "Laboratorium für Neonatologie und angeborene Störungen" werden Kinder auf angeborene Stoffwechselstörungen untersucht; das "Zentrum für Entwicklungsdiagnostik und cerebrale Bewegungsstörungen" erfaßt und betreut zeitgerecht Kinder mit Gehirnschäden und anderen neurologischen Störungen. So wurden bei 935 von 2.208 untersuchten Kindern Entwicklungsstörungen festgestellt.

Im Bereich des Anstaltenamtes - berichtete Stacher weiter - wurde damit begonnen, eine zielgerichtete Umstrukturierung im Sinne des beschlossenen Zeitplanes zur Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien durchzuführen. Insgesamt wurden 1975 in den Wiener Krankenanstalten und Pflegeheimen mehr als 5,300.000 Pflegeetage erreicht. Die Verweildauer der Patienten ist erfreulicherweise zurückgegangen und beträgt derzeit im Durchschnitt 15 Tage.

Ein zentrales Problem ist aber nach wie vor der Mangel an Pflegepersonal. Durch entsprechende Aus- und Zubauten in einigen Krankenhäusern konnten zusätzliche 120 Internatsplätze geschaffen werden, so daß 1975 erstmalig die Zahl der Schwesternschülerinnen auf 1.356 gestiegen ist. Auch die Werbekampagne für den männlichen Pflegeberuf hatte Erfolg. 1975 meldeten sich 81 Burschen, heuer werden noch mehr Interessenten erwartet.

Bei den Investitionen in den Krankenanstalten wurde vor allem auf Inventaranschaffungen größtes Augenmerk gelegt. Die Ausgaben stiegen auf diesem Gebiet um 24 Prozent. Ein weiterer Schwerpunkt war die Verbesserung der Notstromversorgung. Dafür wurden 17 Millionen ausgegeben.

Stacher wies dann darauf hin, daß es neben den Investitionen von größter Bedeutung ist, daß sich die Patienten auch wohlfühlen. Hier besteht sicher noch ein Nachholbedarf an sogenannten Kleinigkeiten. Um eine objektive Meinung zu erhalten, wurden 16.500 Patientenfragebogen ausgewertet. Dabei wurde festgestellt, daß 13 Prozent der Patienten die Einrichtungen der Krankenzimmer als veraltet und 3,7 Prozent als mangelhaft bezeichnen, daß sie in einem sehr hohen Prozentsatz die sanitären Einrichtungen als ungenügend bezeichnen, mit der Kost jedoch im wesentlichen zufrieden waren. Diese Befragung gibt wichtige Anhaltspunkte für ein zielgerichtetes Vorgehen. Insgesamt jedoch bezeichnen die Patienten die Betreuung zu 70 Prozent als sehr gut und weitere 26,6 Prozent als zufriedenstellend. Das zeigt, daß sich das Personal vorbildlich verhält. Wenn wenige Ausnahmen mitunter in der Presse hochgespielt werden, so stellt das gegenüber den vielen anderen eine Ungerechtigkeit dar. Mißstände sollten schonungslos aufgezeigt werden, sagte Stacher, aber ungerechtfertigte Angriffe gegen das Gesundheitswesen schaden am meisten jenen, für die es da ist, nämlich den Kranken. (smo)

Gesundheitsdebatte

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellte fest, daß in Wien nach wie vor ein drückender Mangel an Spitalsbetten herrsche. Wegen der Überalterung der Wiener Bevölkerung ergebe sich ein überdurchschnittlich hoher Bedarf an Spitalsbetten. Durch Neubauten allein könne dieses Problem nicht gelöst werden, die Bettennot sei vielmehr primär ein organisatorisches Problem. Trotz Erhöhung des Personalstandes sei die Zahl der Verpflegstage in den letzten Jahren ständig gesunken. Eine ähnliche Situation bestehe bei den Pflegeheimen. Einerseits gebe es lange Wartelisten, andererseits sei der Gebarungsabgang auf einen Rückgang der Verpflegstage zurückzuführen. Mit Recht verlange das Kontrollamt eine bessere Ausnützung. Hirnschall kritisierte die Einkaufspolitik des Anstaltenamtes. Immer wieder würden Aufträge freihändig vergeben, anstatt eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. Bei der Einrichtung des Rudolfsspitals sei ein Konsumentenvertrag mit einer privaten Firma abgeschlossen worden, die sich daarnauch an der öffentlichen

Ausschreibung beteiligt habe. Hirnschall unterzog die Zustände in manchen privaten Pflege- und Wohnheimen für alte Menschen einer scharfen Kritik. Man solle sich überlegen, die durch die Novelle zum Sozialhilfegesetz 1975 aufgehobene Bewilligungspflicht für die Führung derartiger Heime wieder einzuführen. Hirnschall forderte eine rasche Überprüfung der Zustände in diesen Heimen. (ger)

GR. Dr. Maria Flemming (ÖVP) forderte, die bisherigen drei Stufen der Betreuung älterer Menschen - Altersheim, Pflege- oder Pensionistenheim, Pensionistenheim mit Pflegeabteilung - durch ein viertes Modell zu ergänzen: die Betreuung durch die eigene Familie. Da es in Wien 330.000 Einwohner über 65 Jahre gibt, sei es an sich unmöglich, alle in Pensionistenheimen unterzubringen. Zudem sei es der innigste Wunsch alter Leute, den Lebensabend im Kreise der Kinder und Enkel verbringen zu können.

Um dieser Forderung gerecht zu werden, solle die Stadtverwaltung alle gebotenen Möglichkeiten ausschöpfen, um Eltern und Kinder räumlich nahe unterzubringen, etwa bei der Wohnungsvergabe oder durch Erleichterung der Tauschbedingungen sowie durch finanzielle Hilfe für Familienzusammenführung.

Abschließend beantragte die Debattenrednerin namens ihrer Fraktion die Schaffung eines überparteilichen Landesaltenrates mit beratender Funktion in allen ältere Menschen betreffenden Angelegenheiten. (we)

Mehr geschützte Arbeitsplätze für Behinderte forderte Gemeinderat Gawlik (SPÖ). Nach der zweiten Behindertennovelle ist die Schaffung solcher Arbeitsplätze für die Unternehmer kein Risiko mehr. Bis zu 70 Prozent der Lohnkosten übernimmt die öffentliche Hand.

Die theoretischen Grundlagen für die Betreuung behinderter Menschen wurden in den letzten Jahren in gründlichster Arbeit vom Österreichischen Komitee für Sozialarbeit geleistet. Gawlik hob besonders die Arbeit von Obersenatsrat Dr. Herbert Drapalik und Dr. Werner Pröbsting hervor.

In Wien ist man dabei, Wohnungen für Behinderte zu schaffen. 149 Wohnungen sind bereits fertig, 51 sind im Bau. Wichtig ist es, daß die Bevölkerung die Behinderten in ihre Wohngemeinschaft aufnimmt und nicht scheel auf sie herabsieht.

Die SPÖ hat nicht den Ehrgeiz, alles zu verstaatlichen. Viel besser wäre es, könnten mehr alte Menschen im Familienverband verbleiben. Die Familiensituation hat sich jedoch geändert und ökonomische Verhältnisse zwingen zu einem Eingreifen. Die Zahl der Plätze in den Pensionistenheimen wurde von 1974 auf 1975 vermehrt: Von 1.815 auf 2.678. Das ist noch nicht ausreichend, da es noch immer 16.500 Anmeldungen gibt. Aber es wird versucht, dem Mangel beizukommen. (sei)

In Erwidern auf einige Vorredner wies StR. Lehner (ÖVP) darauf hin, daß einige Sozialeinrichtungen von der ÖVP angeregt worden waren, ehe die Rathausmehrheit sie verwirklichte, wie etwa die Aktion "Essen auf Rädern" oder der "Besuchsdienst".

Der Redner setzte sich dann ausführlich mit dem Kontrollamtsbericht auseinander und sagte, daß er noch nie so viele Vorwürfe gegen die Geschäftsgruppe IV gelesen habe. Dabei müsse man annehmen, daß die Feststellungen des Kontrollamtes keineswegs als bössartig oder übertrieben angesehen werden könnten. Äußerst bedenklich sei zum Beispiel die Feststellung, daß Beamte Geldmittel, die vom Gemeinderatsausschuß für die Kardiologie im AKH genehmigt worden waren, für einen anderen Zweck verwendeten. Es sei allerdings zu begrüßen, daß in letzter Zeit die Akten vollständiger seien. Umschichtungen der Finanzmittel seien durchaus möglich, aber dann müsse das durch den Gemeinderatsausschuß geschehen. Die Hauptkritik des Kontrollamtes betreffe jedoch die Tätigkeit und Beratung der Firma Odelga, einer Firma, die auch als Lieferfirma auftritt. Es sei einfach unvereinbar, daß einund-dieselbe Firma zunächst berät was geliefert werden soll und dann auch diese Dinge liefert. Lehner brachte den Antrag ein, eine unabhängige Beratungs-Ges.m.b.H. zu gründen.

Das Kontrollamt bestätige offen, daß der Bund die Stadt Wien durch schleppende Zahlung der Bundeszuschüsse benachteilige. Auf diese Weise seien der Stadt Wien 1974/75 22 Millionen entgangen. Der Finanzstadtrat solle mit mehr Nachdruck beim Bund die Interessen Wiens vertreten, wie es zu Zeiten der Koalitionsregierung geschehen sei.

Bedauerlicherweise würden die Vorgänge beim Neubau des AKH vom Kontrollamt nicht geprüft. Die ÖVP-Forderung nach einer Untersuchung durch den Rechnungshof sei vom Bürgermeister abgelehnt worden. Es sei letztlich egal, ob das Kontrollamt oder der Rechnungshof überprüfe. Überprüft müßten aber die Vorgänge im AKH werden. So sollen zum Beispiel noch immer keine Grundrisse von Krankenzimmern vorhanden sein, obwohl Architektenhonorare von 300 Millionen S ausgegeben wurden. Lehner kritisierte schließlich die Reduzierung der Bettenanzahl und reklamierte das Finanzierungskonzept. (smo)

Für die Gesundheitspolitik der Stadt Wien gelte der Grundsatz "Jeder Wiener hat das Recht auf die bestmögliche medizinische Versorgung". Dies erklärte GR. Johanna Dohnal (SPÖ) in ihrem Debattenbeitrag. Zur Beurteilung von Maßnahmen im Gesundheitswesen hätten Kosten-Nutzen-Rechnungen allein wenig Wert. Die Priorität des Gesundheitswesens im Budget 1975 beweise die zwanzigprozentige Ausgabensteigerung. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Spitalsbetten sei gesichert, Wien schneide bei internationalen und gesamtösterreichischen Vergleichen sehr gut ab. Mehrere Maßnahmen wurden gesetzt, um dennoch auftretende Engpässe zu beseitigen. An erster Stelle seien hier die Vermehrung des Pflegepersonals und die Bemühungen, die Verweildauer in den Spitälern herabzusetzen, zu nennen. Es sei gelungen, das Image des Krankenpflegeberufes zu heben, und es sei erfreulich, daß immer mehr junge Menschen bereit sind, einen solchen Beruf zu ergreifen. Dohnal begrüßte es, daß 1975 erstmals eine Frau als Spitalsdirektorin eingesetzt worden sei.

Der vermehrte Einsatz mobiler Krankenschwestern werde eine Entlastung der Spitäler bringen. In der 32. ASVG-Novelle sei vorgesehen, die Hauskrankenpflege in den Leistungskatalog der Sozialversicherung aufzunehmen. Im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen auf dem Spitalssektor seien mehrere Maßnahmen mit dem Ziel einer "Vermenschlichung" des Spitals gesetzt worden. Dazu zählten die Vermehrung der Zahl des Pflegepersonals, die Schaffung eines "Spitalsombudsman", die Einführung der Patientenbefragung und einer Patientenfibel, die jeder Patient bei der Aufnahme in ein Spital erhält. Auf dem Sektor der Pflegeheime seien wesentliche Verbesserungen

erzielt worden. An erster Stelle sei hier die Eröffnung des Pavillon 13 in Lainz zu nennen. Die Pflegeheimkommission habe eine sehr effektive Tätigkeit entfaltet. Sehr wichtig sei auch die Schaffung einer Lehranstalt für Pflegepersonal für chronisch Kranke. Abschließend führte Dohnal Maßnahmen an, die eine wichtige Verbesserung der ärztlichen Versorgung der Wiener Bevölkerung bedeuten: Der Ärztenotdienst sei nunmehr auch in den Nachtstunden unter der Woche erreichbar. Die Errichtung einer Beratungsstelle für junge Ärzte, die Schaffung eines Ärztekredites und die Errichtung von Lehrpraxen stünden im Dienste einer besseren Versorgung mit praktischen Ärzten. (ger)

In seinem Schlußwort stellte Stadtrat Dr. Stacher fest, daß die angebliche Überkapazität an Betten tatsächlich nicht vorhanden sei, weil es sich um leerstehende Betten handelt, die aus Personalmangel nicht betrieben werden konnten.

Der Personalmangel geht zwar erfreulicherweise zurück. Ursachen der noch immer bestehenden Personalknappheit sind Arbeitszeitverkürzung und medizinischer Fortschritt, da jede zusätzliche Apparatur zusätzliches Personal erfordert.

Die zentrale Aufnahmeorganisation für die Altersheime habe sich bewährt. Das Sozialamt macht von seinem Recht, Altersheime zu überprüfen, Gebrauch, die Überprüfungen werden laufend durchgeführt.

Die Betreuung alter Menschen im Rahmen der Familie bezeichnete Stadtrat Dr. Stacher als uralte Idee - allerdings wollen ältere Menschen von sich aus nicht immer im Familienkreis leben. Das beweise eine Statistik aus dem Jahr 1972. Danach entschieden sich 57 Prozent der Befragten für Anstaltspflege. Bei ihren Kindern wollten 14 Prozent, in der Nähe ihrer Kinder wollten 22 Prozent wohnen.

Eine Stellungnahme zu den Angriffen auf eine gemeindeeigene Firma wegen deren Konsulententätigkeit lehnte Stadtrat Dr. Stacher mit der Bemerkung ab, hier handle es sich nicht um sachliche Diskussion, sondern um ein Politikum.

Abschließend gab Dr. Stacher seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die ÖVP zwar einerseits Fortschritte auf dem Gesundheitssektor begrüße, daß sie aber andererseits nicht gewillt sei, dem Rechnungsabschluß zuzustimmen.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ. Sämtliche in der Debatte eingebrachten Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (we)

Stadtgestaltung und Verkehr

Eine moderne, lebenswerte Stadt zu bauen, machte StR. Ing. Fritz Hofmann (SPÖ) zum Motto seines Berichtes zum Rechnungsabschluß. Wohn- und Erholungsgebiete vom Verkehr zu entlasten, der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, Beschaffung von weiteren verkehrsarmen Fußgängerbereichen, eine verstärkte Stadterneuerung, neue Wohnformen im Grünen und der verbesserte Hochwasserschutz standen im Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Hofmann sprach sich wieder für den Begriff "Hochleistungsstraße" zum Unterschied der Überlandautobahnen aus. Diese sollen den überörtlichen und den die einzelnen Stadtteile untereinander verbindenden Verkehr bündeln. Eine fünfte Donaubrücke ist unumstritten notwendig. Die Voraussetzungen für eine Tieflage der anschließenden Straßen werden geschaffen.

Die Bauarbeiten an der U-Bahn gehen planmäßig voran. Im August wird mit dem letzten Abschnitt der U 1 zwischen Nestroyplatz und Praterstern begonnen. Die Bevölkerung wird durch Bürgerversammlungen informiert und ihre Rechte werden durch einen Ombudsman wahrgenommen. An Sofortmaßnahmen erwähnte Hofmann das Beschleunigungsprogramm auf den Straßenbahnlinien 49 und 38, den Versuch einer Art "Stuttgarter Schwelle" in der Nußdorfer Straße und ein bald wirksam werdendes Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahnlinie 8.

Durch die U-Bahn-Arbeiten ergibt sich die Möglichkeit, einige Wiener Plätze neu zu gestalten, so den Reumann- und Südtiroler Platz und den Franz Josefs-Kai. Die Planung für den Karlsplatz ist abgeschlossen. An der Gestaltung des Stephansplatzes arbeiten - eine neuartige Vorgangsweise - gemeinsam Architekten und Bildhauer. Die Meidlinger Hauptstraße wird Wiens erste Straßenbahneinkaufsstraße. Ähnliche Überlegungen gibt es für die Mariahilfer Straße und die Thaliastraße. Das absolute Fahrverbot an Wochenenden im Prater wertet dieses Erholungsgebiet auf.

Das Assanierungsgebiet Ottakring ist ein Modellfall für die Stadterneuerung. Die Überarbeitung der Flächenwidmungs- und

Bebauungspläne soll zu einer Trennung von sich gegenseitig behindernden Gewerbebetrieben und Wohnbevölkerung führen. Die Festlegung von Schutzzonen nach der Altstadterhaltungsnovelle macht große Fortschritte: 53 von insgesamt 98 für Wien vorgesehene Schutzzonen wurden bereits beschlossen.

Im Grünen und doch in der Stadt zu wohnen wird in Zukunft leichter sein. Bürgermeister Gratz kündigte ein Siedlungsprogramm mit zunächst tausend Häusern an. Am Tag der offenen Tür werden zwei neue Siedlungshaustypen der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Bauordnungsnovelle brachte Erleichterungen für das Wohnen im Grünen.

Die Arbeit der Jury "Wettbewerb Donaubereich" ist ein gänzlich neuer Weg für die Realisierung eines solchen Großprojektes. Wichtige Empfehlungen der Jury wurden bei den derzeit laufenden Arbeiten bereits berücksichtigt. Diese Vorgangsweise fand auch im Ausland größte Beachtung und Anerkennung. (sei)

Die Freiheitlichen seien immer für den Vorrang der Massenverkehrsmittel eingetreten und hätten daher den U-Bahn-Bau als Schwerpunkt angesehen, erklärte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Es sei jedoch in absehbarer Zeit keine Entlastung abzusehen, weil die Finanzierungsgrundlage für den U-Bahn-Ausbau nicht erkennbar sei. In den nächsten zehn Jahren seien lediglich die U-Bahn-Realisierung nach Kagran und noch die U 6 nach Alt Erlaa möglich. Über die Verwirklichung der wichtigen U 3 oder der U 6 weiß niemand etwas zu sagen. Die beiden Vorhaben würden 18 Milliarden kosten. Nach 20 Jahren Bau sei das Grundnetz also reichlich bescheiden. Es wird eine sehr wichtige Durchzugslinie geben, die U 2 und U 4 würden aber keinen spürbaren Gewinn bringen. Eine entscheidende Verbesserung würde jedoch der S-Bahn-Ausbau bringen - die sogenannte "Münchner Lösung". In dieser Richtung ist aber seitens der Bundesbahnen kein Interesse zu bemerken. Es werde die Station Großfeldsiedlung und 15-Minuten-Intervalle nach Liesing geben. Das sei aber zu wenig. Die Strecke nach Stadlau müsse unbedingt vorgezogen werden.

Die Verkehrspolitik der Rathausmehrheit erwecke in letzter Zeit den Eindruck, daß man die Wiener zu einem Volk der Straßenbahnfahrer erziehen wolle. Dafür sprechen Vorschläge wie die Gratz-Idee von der "Roten Welle", die Sperre der Ausfallstraßen für Autos und deren Umleitung in Nebenstraßen, den verstärkten Einsatz von Politessen und neuen Hilfskräften gegen Falschparker.

Konkret ergäbe sich die Frage: Wieso konnte eine Viertelmilliarde im Vorjahr, die für den U-Bahn-Bau vorgesehen war, nicht verbaut werden, und wie wird es diesbezüglich heuer aussehen? Zwei wichtige Punkte interessierten die Bevölkerung: Das ist der Karlsplatz, wo man nach vielen Jahren Baustelle noch immer auf die Oberflächengestaltung warten muß, und der U-Bahn-Ausstieg am Stephansplatz. Für dieses Problem wäre lange Jahre Zeit gewesen, die entsprechenden Lokale zu sichern. Das wurde versäumt ebenso wie die Verhandlungen mit der ÖMV über die Verlegung von Rohrleitungen im Zusammenhang mit dem Bau des Hochwasserschutzes. Die Errichtung neuer Rohrleitungen werde den Hochwasserschutz behindern und Kosten verursachen. (smo)

GR. Hoffmann (ÖVP) kritisierte das laufende Sinken der Budgetansätze für den Brücken- und Wasserbau. Die tatsächlichen Ausgaben seien aber selbst hinter diesen an sich schon zu geringen Ansätzen zurückgeblieben.

Die Pläne für die fünfte Donaubrücke seien nach wie vor nicht fertiggestellt, die nötigen Bundesmittel seien noch nicht bereitgestellt. Die bestehenden Brücken seien schwer belastet und befänden sich zum Teil in einem sehr schlechten Zustand. Vor einem Jahr habe die Philadelphiabrücke gesperrt werden müssen. Die Reichsbrücke, die Floridsdorfer Brücke und die Schwedenbrücke seien reparaturbedürftig. Zahlreiche Brückenuntersuchungen seien erst durchgeführt worden, nachdem die betreffenden Brücken ganz oder teilweise gesperrt worden seien. Hoffmann bedauerte es, daß der Antrag seiner Fraktion, eine Gesamtüberprüfung der Brückenbauwerke durchzuführen, abgelehnt worden sei. (ger)

GR. Dr. Krasser (ÖVP) kritisierte die geschmacklose Ausgestaltung der Kärntner Straße, die ohne öffentlichen Ideenwettbewerb durchgeführt worden sei. Ergebnis: Die Lampen gleichen häßlichen Operationsraumleuchten, der Waschrumpel-Grabsteinbrunnen werde des nachts als Bedürfnisanstalt mißbraucht.

Während kürzlich von der Magistratsabteilung 21 eine Broschüre mit Diskussionsvorschlägen für die Gestaltung öffentlicher Räume herausgebracht worden sei, habe die zuständige Magistratsabteilung 19 bereits Pflasterungsaufträge für den Stephansplatz vergeben.

Demnach sei eine Kleinsteinpflasterung vorgesehen, die vom Publikum wegen ihrer Unbequemlichkeit keineswegs geliebt werde.

Hinsichtlich der U-Bahn-Abgänge am Stephansplatz habe es die Stadtplanung versäumt, rechtzeitig Schritte zu unternehmen, daß die Abgänge in den umliegenden Häusern situiert werden können. Zur Einleitung von Enteignungsverfahren sei es nun zu spät.

Da sein im Juni im Planungsausschuß eingebrachter Antrag, die Architektenvorschläge für die Gestaltung von Stephansplatz, Graben und Kohlmarkt vor Ausschreibung der Arbeit der Bevölkerung zugänglich zu machen, abgelehnt worden war, brachte Gemeinderat Dr. Krasser diesen Antrag nun vor dem Gemeinderat neuerlich ein.

GR. Schultz (SPÖ) bezeichnete die Ergebnisse des U-Bahn-Betriebs auf der künftigen U 4 im Abschnitt Heiligenstadt-Friedensbrücke als zufriedenstellend, wenngleich infolge des notwendigen Umsteigens keine optimalen Bedingungen herrschen.

Hinsichtlich der Verlängerung der U 1 nach Kagran müsse schon jetzt ein Konzept zur Umstrukturierung des Verkehrs in diesem Gebiet ausgearbeitet werden. Eine Trassierung in Hochlage erscheint aus technischen und finanziellen Gründen angebracht, mache aber eine visuelle und akustische Abschirmung der Trasse notwendig.

Die U 6 von der Philadelphiabrücke nach Siebenhirten - anfänglich als Straßenbahn projektiert - wird ein wichtiges neues Siedlungsgebiet verkehrsmäßig erschließen.

Die Bürgerinitiativen im Zusammenhang mit der geplanten Traisenbrücke bezeichnete GR. Schultz als Manipulationen und forderte die Veröffentlichung angeblicher "Geheimdokumente" über den Verlauf der Anbindungsstraßen.

Von der "neuen Donau" im Bereich der Lobau sind nunmehr bereits vier Kilometer fertiggestellt, die schon jetzt ein Bade-paradies ersten Ranges darstellen. Die endgültigen Empfehlungen der internationalen Jury zur Gestaltung der Donauinsel werden für Ende 1976 erwartet.

Seine Fraktion, schloß GR. Schultz, werde dem Jahresabschluß zustimmen. (we)

Der 1972 fertiggestellte Leitlinienentwurf blieb ohne Ergebnisse, erklärte GR. Daller (ÖVP). Der Entwurf wurde im Gemeinde-

rat weder erörtert, noch wurden Beschlüsse gefaßt. Wie wenig die Empfehlungen dieses Entwurfes und der Enquete von der Verwaltung ernstgenommen werden, sieht man in den Fällen "Scala-Gründe" und "Böhm-Gründe". Obwohl in den Leitlinien für dichtverbaute Gebiete eine Auflockerung vorgeschlagen wird, werden ständig Lücken im dichtverbauten Gebiet verbaut.

Die Gestaltung des Karlsplatzes ist eine Fehlplanung, und ähnliches ist für den Stephansplatz zu befürchten. Für die Anlagen am Schlachthof in St. Marx fehlt ein verbindliches Funktionsprogramm. Sonst wäre es nicht möglich, daß ohne Rücksicht auf das gewachsene Textilviertel in der Inneren Stadt in St. Marx ein neues Modegroßhandelszentrum errichtet wird. Das neue Donauzentrum verstärkt das Absterben der Greißler auch im 22. Bezirk.

Der U-Bahn-Bau geht nicht so zügig voran, wie es notwendig wäre. Allein im vorigen Jahr wurden für die U 1 um rund 103 Millionen weniger ausgegeben als im Budget vorgesehen war. Ebenso wird die U 2 nur schleppend verwirklicht. Die Planung versagte auch bei der neuen Linie 64 nach Liesing, die erst in zwei bis drei Jahren fertig sein wird, obwohl der erste Wohnturm in Alt-Erlaa noch heuer bezogen wird. (sei)

Die Probleme des Individualverkehrs stellte GR. Hermine Fiala (SPÖ) in den Mittelpunkt ihres Debattenbeitrags. Diese Probleme dürften kaum mehr lösbar sein, ohne die Freiheit des einzelnen zu beeinträchtigen. Eine Untersuchung habe ergeben, daß 70 Prozent der Autobesitzer ihr Fahrzeug nur für die tägliche Hin- und Rückfahrt zwischen Arbeitsstätte und Wohnung benützen. Sie verstopfen in der Früh und am Abend die Straßen und besetzen tagsüber die vorhandenen Parkplätze. Es ist daher notwendig, auf eine sinnvolle Benützung des Autos Einfluß zu nehmen. Man wird sich damit vertraut machen müssen, daß das eigene Auto in Hinkunft mit Kosten verbunden ist, die über den Kaufpreis hinausgehen. Notwendig ist der Vorrang für die Massenverkehrsmittel und für den Wirtschaftsverkehr. Die Attraktivierung der Straßenbahn - Modernisierung des Wagenparks, kürzere Intervalle, Pünktlichkeit - werde dazu beitragen. Die genannte Untersuchung ergab nämlich, daß zwei Drittel der Autofahrer bereit wären, auf die Straßenbahn umzusteigen, wenn sie dadurch keinen Zeitverlust erlitten. Beschleunigungsprogramme für bestimmte Straßenbahnlinien - wie 49 und 38 -

sowie die Einrichtung verkehrsarmer Zonen , wie es bei der Meidlinger Hauptstraße geschehen wird, werden dazu beitragen.

Neben dem Ausbau des Straßennetzes im Interesse der Sicherheit wurden auch die Verkehrseinrichtungen weiter ausgebaut. Der Gemeinderat wird ein Ampelonderprogramm beschließen, so daß in Kürze 29 weitere Ampeln installiert werden können. Zur Überwachung wurden der Polizei Radargeräte zur Verfügung gestellt, und es ist noch daran gedacht, ein Rotlicht-Überwachungsgerät anzuschaffen. Wenn bis 1985 mit 650.000 Autos die Vollmotorisierung in Wien erreicht sein wird, werden nur rigorose Maßnahmen dazu führen, daß unsere Stadt eine menschengerechte und keine autogerechte Stadt ist. (smo)

GR. Dr. Mayr (ÖVP) stellte fest, daß die ÖVP den Grundsatz, der Stadterneuerung Vorrang gegenüber der Stadterweiterung einzuräumen, bereits seit Jahren vertrete. Sie wende sich jedoch gegen Neubauten im dichtverbauten Gebiet, wenn an den betreffenden Stellen Parkanlagen dringend benötigt werden.

Ein "Sorgenkind" unter den gewachsenen Einkaufsstraßen Wiens sei die Meidlinger Hauptstraße, die durch die bevorstehende Eröffnung des Einkaufszentrums Vösendorf aufs schwerste gefährdet sei. Namentlich unter den Kunden, die mit dem Auto aus dem Süden Wiens kommen, seien Einbußen zu befürchten. Die Erstellung eines Verkehrskonzeptes für die Meidlinger Hauptstraße sei allein zu wenig, vor allem das Parkproblem sei derzeit ungelöst. Die Ausweisung von zukünftigen Standorten für Parkgaragen genüge nicht. Wichtig sei die Durchführung verschiedener kurzfristig wirksamer Maßnahmen im Einvernehmen mit den Geschäftsleuten der Meidlinger Hauptstraße. (ger)

In seinem Schlußwort teilte Stadtrat Ing. Hofmann mit, daß das Ansuchen des Einkaufszentrums Vösendorf, im Stadtbereich Hinweisschilder aufzustellen, abgelehnt worden sei.

Um eine Aufwertung der Meidlinger Hauptstraße zu erreichen, wird baldigst mit der Neugestaltung begonnen.

Für den U-Bahn-Bau wurden deshalb nicht alle vorgesehenen Mittel ausgegeben, weil die Haltestelle Nestroyplatz umgeplant wurde, was eine Einsparung von 80 Millionen Schilling ergab.

Der Vorwurf von Versäumnissen auf dem Stephansplatz im Zusammenhang mit den U-Bahn-Aufgängen sei ungerechtfertigt, da ursprünglich eine andere Planung - ein zentraler Aufgang auf öffentlichem Grund - vorgelegen hat. Ob nun gegenüber dem Riesentor ein dritter Aufgang gebaut wird oder nicht, wird vom Ergebnis einer Befragung abhängen, die von der Kammer bei den umliegenden Geschäftsleuten durchgeführt wird. Für den U-Bahn-Betrieb ist der dritte Aufgang nicht notwendig.

Die "Möblierung" der Kärntner Straße sei nicht nach "geheimen" Vorschlägen erfolgt, alle Projekte seien ausgestellt gewesen. Auch hinsichtlich des Karlsplatzes könne keine Rede von Geheimplanungen sein.

Bezüglich der ÖMV-Leitung im Gebiet der "Neuen Donau" befinde sich die Stadtverwaltung keineswegs unter Zeitdruck, da noch an vielen anderen Stellen gebaggert werden müsse.

Zum Schluß verwahrte sich Stadtrat Ing. Hofmann gegen den Stil der ÖVP als Opposition und forderte eine Revidierung ihrer Haltung, um ein Mindestmaß an Zusammenarbeit zu ermöglichen. Mit aller Schärfe wies Hofmann den Vorwurf von GR. Daller (ÖVP) zurück, mit zweierlei Maß zu messen.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

Der Antrag der ÖVP bezüglich öffentlicher Ausstellung der Gestaltungsprojekte Stephansplatz, Graben und Kohlmarkt wurde zugewiesen. (we)

Umwelt und öffentliche Einrichtungen

Anschließend gelangte das Kapitel Umwelt und öffentliche Einrichtungen zur Verhandlung.

Stadtrat Schieder (SPÖ) stellte fest, daß das Jahr 1975 im Zeichen bedeutender Umweltschutzmaßnahmen gestanden sei. Die Umwelterhebung sei ausgewertet, der Luftbericht vorgelegt worden. Zahl-

reiche Einzelmaßnahmen seien durchgeführt worden: Dazu zählten das Verbot von Rasenmähern mit Verbrennungsmotoren, die Einschränkung der Salzstreuung und die Autoabschleppaktion. Letztere sei eine Maßnahme zum Schutz der Allgemeinheit vor einzelnen, die sich Rechte anmaßen, die andere gefährdeten.

Das Jahr 1975 sei auch im Zeichen zahlreicher Initiativen auf dem Gebiet des Umweltschutzes gestanden; Beispiele seien der Vorstoß beim Bund bezüglich des Verbotes der Einwegflaschen und die Initiative zur Öffnung des Sternwarteparkes.

Ein Badeteichkonzept sei vorgelegt worden. In Hirschstetten, Süßenbrunn und in der Lobau seien Badeteiche geschaffen worden. Neben zahlreiche Maßnahmen auf dem Gebiete der "horizontalen" Bepflanzung seien auch erste Maßnahmen auf dem Gebiete der "vertikalen" Bepflanzung - nämlich die Bepflanzung der Stadtbahnmauern - gesetzt worden. Der Bericht der Bäderkommission werde im Herbst vorgelegt werden.

Schieder betonte die gute Zusammenarbeit mit den Bundesdienststellen und den Dienststellen des Magistrats auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes. Zahlreiche Einsätze seien notwendig gewesen.

Schieder wies auf die große Bedeutung ausreichender Information als Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie hin. Mehr Information sei die Voraussetzung für mehr Engagement des Bürgers. Er könne daher die Vorwürfe der ÖVP bezüglich der Ausgaben für den Presse- und Informationsdienst nicht verstehen.

Es sei selbstverständlich, daß Information weder Propaganda, noch billige Reklame sein dürfe.

Schieder wies auch den Vorwurf zurück, daß auf dem Kanalisationssektor Einsparungen vorgenommen worden seien, welche die Beseitigung der Senkgruben gefährdeten. (ger)

Umweltdebatte

Eine Priorität, Kürzungen beim Umweltschutz in der Höhe von 30 Prozent und eine Erhöhung bei der Rathauspropaganda in der Höhe von 18 Prozent lehnt die FPÖ ab, erklärte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ). Nur in zwei Fällen wurde gegenüber dem Budget gekürzt, beim Bau von Kläranlagen und Sammelkanälen und bei der Abteilung Umweltschutz. Unverständlich ist dagegen die Erhöhung beim Presse- und Informationsdienst. Propaganda wie die Kampagne "Ja zu Wien" oder das Plakat

mit Bürgermeister Gratz vom vorigen Jahr müßten aus dem Parteisäckel nicht aber aus Steuermitteln bezahlt werden.

Die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurden, so Bauer, in dieser Geschäftsgruppe oft vernachlässigt. Die ausführlichen Darlegungen des Kontrollamts sind ein Beleg dafür. Ein besonderer Schildbürgerstreich passierte in der MA 48: Es wurde ein Müllfahrzeug mit einem Leistungsvermögen von 8 Tonnen angekauft, die zulässige Nutzlast beträgt jedoch nur 2 Tonnen. Das Leistungsvermögen kann daher niemals ausgeschöpft werden. Nach Bauer betragen die Abschleppkosten für verkehrsbehindernde Fahrzeuge in Hamburg rund 500 Schilling, während sie in Wien bis zu 1.500 Schilling betragen. Aus dieser notwendigen Maßnahme sollte kein Geschäft gemacht werden, stellte Bauer fest. (sei)

Mit einigen "Schlampereien", wie sie im Kontrollamtsbericht behandelt werden, setzte sich GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) auseinander: So gäbe es derzeit in Wien mehr Senkgruben als je zuvor. Die Anregung des Kontrollamtes, für die Senkgrubenräumung auch Privatfirmen heranzuziehen, werde jedoch von der zuständigen Abteilung abgelehnt. Siedler, die sich Senkgruben bauen, sollten rechtzeitig informiert werden, wann sie mit dem Anschluß an das Kanalnetz rechnen können, damit sie nicht unnötig viel Geld für Senkgruben ausgeben. Weiter kritisiere das Kontrollamt, daß von Dienstfahrzeugen der Müllabfuhr und der Feuerwehr viele Beschädigungen an richtig abgestellten Privatfahrzeugen angerichtet werden. Die Rechtsansprüche aus derartigen Schäden werden nicht selten bis zur Verjährung verschleppt. Mißstände gäbe es auch beim Ankauf von neuen Fahrzeugen und beim Abverkauf alter Autos. Beistellgebührenbescheide werden oft falschen Adressaten zugestellt. Bei Ausschreibungen werde die Ö-Norm nicht eingehalten, und in einem Fall sei ein 32 Millionen-Kauf überhaupt ohne Ausschreibung erfolgt.

Neben diesen "Schlampereien" forderte GR. Ebert schließlich Aufklärung über Ausmaß und Behebung des Windbruches in den städtischen Forstgebieten an der Rax und brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Abschließend stellte Ebert fest, daß es noch an vielen Umweltschutzmaßnahmen und Freizeiteinrichtungen mangle: Es gäbe zu wenig Abfallbehälter in den Wiener Wäldern, es fehlten Sitzgelegenheiten für die Senioren und ausreichende Wegmarkierungen sowie insbesondere spezielle Radwege. (smo)

GR. Haberl (SPÖ) nahm zu dem Vorwurf Stellung, daß durch Fahrzeuge der Straßenreinigung und der Feuerwehr relativ viele Unfälle verursacht worden seien, und betonte, daß viele der aufgetretenen Schäden auf falsch geparkte Autos zurückzuführen seien. Er begrüßte die Empfehlung des Kontrollamtes, falsch parkende Autos abzuschleppen, wenn diese Einsatzfahrzeuge behindern.

Bei der Anschaffung von Fahrzeugen werde nicht nur ein Fahrzeugtyp bevorzugt, vielmehr stünden zwei Typen in Verwendung. Im übrigen sei eine Vereinfachung der Typenvielfalt im Sinne der Rationalisierung zu begrüßen.

Ein neuer Papierkorbtyp, der sich harmonisch ins Stadtbild fügen werde, sei in Bestellung gegeben worden. Im Rechnungsab-schluß seien im allgemeinen nur geringfügige Überschreitungen der Budgetansätze festzustellen. Minderausgaben gebe es nur bei der MA 30. Diese seien zum Teil auf witterungsbedingte Ver-zögerungen zurückzuführen, in einem Fall auf den Konkurs einer Lieferfirma.

Die Straßenreinigung sei ein wichtiger, in der Öffentlich-keit meist wenig beachteter Beitrag zum aktiven Umweltschutz. Auf diesem Gebiet wurden einige neue rechtliche Möglichkeiten geschaffen, so zum Beispiel mit der Verordnung über wilde Deponien, mit neuen Bestimmungen zur Straßenreinhaltung und mit der Verordnung zur Verminderung der Staubentwicklung bei Haus-abbrüchen. Die Stadt Wien nehme Gerümpel und alte Autoreifen kostenlos an, gegen Entrichtung einer geringen Gebühr werde Ge-rümpel auch von zuhause abgeholt. Die Möglichkeit wurde geschaffen, Autowracks gegen eine Verzichtserklärung kostenlos abschleppen zu lassen.

Haberl trat für die Durchführung einer Großaktion zur Reini-gung von Wiens Straßen ein.

Seit Beginn der Abschleppaktion seien insgesamt 11.575 ver-kehrshindernd parkende Autos abgeschleppt worden, 7.375 allein 1975. (ger)

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) führte zwei Beispiele da-für an, daß eine Großstadt wie Wien heute nicht mehr auf die Bei-ziehung eines Umweltfachmannes verzichten könne. Als nächst der

Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge eine Verkehrsumplanung durchgeführt wurde, kamen die auf Abnahme wartenden Fahrzeuge in einer Gasse derart zum Stehen, daß ihre Abgase die Räume einer Schule gefährdeten, in der sich 2.000 Schüler befinden. Das zweite Beispiel betraf einen Horizontalbrunnen in der Lobau, der wegen Verschmutzung stillgelegt werden mußte; nur 300 Meter von der Donau entfernt, hätte dieser Brunnen gar nicht geschlagen werden dürfen. Der Debattenredner stellte daher den Antrag, mit allen einschlägigen Fragen einen Umweltfachmann zu beauftragen.

Zwei weitere Anträge, die GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz einbrachte, betrafen die Durchführung einer generellen Untersuchung über den Wasserverbrauch und den Wasserkreislauf in Wien sowie die Schaffung einer Umweltkarte, die Auskunft über Versorgungs- und Entsorgungsfragen, Erholungsgebiete, Bäder, Sportplätze, aber auch über Hauptverkehrsflächen und Intensität des Verkehrsaufkommens gibt. Abschließend erklärte der Debattenredner, daß seine Fraktion dem vorgelegten Jahresabschluß nicht zustimmen werde. (we)

Die Leistungen des Presse- und Informationsdienstes zur Information der Bevölkerung hob GR. Outolny (SPÖ) hervor. Die Mehrausgaben ergeben sich aus verstärkten Serviceleistungen und aus der Umgestaltung bestehender Einrichtungen.

Viermal jährlich wird die "wien-information" an alle Haushalte verschickt. Damit werden vor allem die kommunalen Einrichtungen besser bekannt gemacht. 1975 wurden allein 25 Broschüren und Prospekte hergestellt, darunter der "Ratgeber für Wiener", eine Sozialdienstübersicht und "Wie verbessere ich meine Altwohnung". "wien aktuell" wurde zu einem anspruchsvollen, kommunalen Monatsjournal umgestaltet. Die Rathausinformation wird verstärkt in Anspruch genommen. 1975 wandten sich mehr als 70.000 Wiener um Auskunft an diese Stelle. Die Pressebetreuung wurde ausgebaut und verbessert.

Outolny führte im weiteren eine Reihe von Umweltschutzmaßnahmen an. Das Wiener Meßnetz wird erweitert, die Kohlenmonoxydmessungen forciert, ein Emissionskataster ist in Arbeit, Altreifen werden kostenlos übernommen, eine Klärschlammverbrennungsanlage wird gebaut und erstmals wird versucht, einen Kindergarten mit Sonnenenergie zu heizen. (sei)

Stadtrat Schieder stellte in seinem Schlußwort fest, daß mit der bevorstehenden Sendertrennung beim ORF eine langjährige Forderung der Stadt Wien erfüllt werde. Sie sei aber erst der erste Schritt auf dem Wege zur vollen Gleichberechtigung Wiens im Bereich des ORF. Der nächste Schritt werde eine entsprechende Regionalisierung im Bereich des Fernsehens - sowohl in formaler als auch in inhaltlicher Hinsicht - sein müssen.

Schieder bezeichnete den in der Vergangenheit gewählten Standort für das Grundwasserwerk Lobau als nach den heutigen Erkenntnissen falsch. Die Entscheidung sei jedoch nicht zu revidieren, man müsse daher alles tun, was nach den heutigen Erkenntnissen unter der Voraussetzung des einmal gewählten Standortes notwendig sei. In diesem Zusammenhang gehöre auch die Absiedlung der Firma BIA.

Das Problem der Beseitigung von Sondermüll sei nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ungelöst. Bund und Länder müßten nunmehr gemeinsam einen Weg finden.

Die neue Bauordnung werde zusammen mit den neuen Bestimmungen über die Reinhaltung von Wäldern und Straßen die Durchführung weiterer Maßnahmen zur Reinhaltung der Stadt ermöglichen.

Die Baufirmen seien veranlaßt worden, bei Ablagerungen Schriftstücke anzubringen, aus denen hervorgeht, ob, beziehungsweise für welche Zeit die betreffende Ablagerung genehmigt wurde.

Schieder kündigte an, daß Firmen, welche überführt werden unerlaubte Ablagerungen in Wäldern vorgenommen zu haben, von der Stadt Wien wegen ihrer Unzuverlässigkeit nicht mehr beschäftigt würden.

Das "Mehr an Senkgruben" sei darauf zurückzuführen, daß Besiedlungen in Gebieten erfolgt seien, deren Anschluß an das Kanalnetz aus technischen Gründen nicht möglich ist.

Beim Abschleppen von abgestellten Autowracks werde aufgrund der Motor- oder Fahrgestellnummer der letzte Besitzer eruiert, auf den das betreffende Fahrzeug zugelassen war. Wenn das Wrack nach der Abmeldung weiterverkauft worden ist, könne es daher zu falschen Vorschreibungen kommen. Über jedes verkaufte Fahrzeug werde ein Bericht angelegt, in der Mehrzahl der Fälle erfolge der Verkauf über das Dorotheum.

Zur Kritik des Kontrollamtes an einer freihändigen Vergabe bei einem Auftrag der MA 68 bemerkte Schieder, daß in diesem Fall schwerwiegende Gründe vorgelegen seien, die den zuständigen Gemeinderatsausschuß veranlaßt hätten, diese Vorgangsweise zu wählen. Dies sei das Recht des Ausschusses.

Schieder bat um Verständnis für die ungeheure Straßensituation der Fahrer von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr. Er betonte aber, daß dies selbstverständlich kein Freibrief zur Überschreitung der Straßenverkehrsordnung sei. Die Anlegung von breiten Güterwegen in den Wäldern sei eine Maßnahme zum Schutz der Wälder, um Einsatzfahrzeugen in Katastrophenfällen die Zufahrt zu ermöglichen.

Schieder wies darauf hin, daß er dem zuständigen Gemeinderatsausschuß einen ausführlichen Bericht über die Windbrüche auf der Rax im Jahr 1976 vorgelegt habe. Diese Ereignisse seien aber nicht Gegenstand der heutigen Sitzung, die sich mit dem Rechnungsabschluß und dem Kontrollamtsbericht 1975 zu beschäftigen habe. Er schlage daher vor, den ÖVP-Antrag auf Vorlage eines Berichtes an den Gemeinderat abzulehnen. Das Abschleppen von Autos sei in Österreich deshalb teurer als in Deutschland, weil in Deutschland auf zahlreiche Sicherheitsvorkehrungen gegen Diebstahl und Beschädigung verzichtet werde.

Zu den Minderausgaben im Bereich der MA 30 stellte Schieder fest, daß diese in einem Fall - Hochwasserpumpwerk Simmeringer Haide - durch den Konkurs einer privaten Firma, in anderen Fällen durch wegen unvollständiger Angebote notwendige Neuausschreibungen, die Verzögerungen bewirkt hätten, verursacht worden seien.

Schieder wies den Vorwurf zurück, daß es sich bei der Tätigkeit des Informationsdienstes um Propaganda handle. Die "Wien Information" sei im zuständigen Ausschuß einstimmig genehmigt worden, sie beinhalte wertvolle Informationen für die Bevölkerung Wiens.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Drei Anträge der ÖVP wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Der Antrag der ÖVP über die Vorlage eines Berichtes über die Sturmschäden auf der Rax wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ abgelehnt. (ger)

Wohnen und Liegenschaftswesen

Bevor Vizebürgermeister Hubert Pfösch (SPÖ) den Bericht zum VII. Hauptstück erstattete, teilte er dem Gemeinderat mit, daß er mit Bestürzung vom Rechtsbruch und der Gesetzeswidrigkeit einiger Mitglieder des Gemeinderates und des Nationalrates erfahren habe; Ein Trupp habe nachts auf den Scala-Gründen mehrere Bäume pflanzen lassen. Die Sozialisten würden jederzeit Recht und Ordnung schützen und jeden Anfängen wehren. Die Stadt Wien werde gegen die Betreffenden die Besitzstörungsklage einbringen. (Zwischenruf von Bürgermeister Gratz: "Sie sind noch stolz auf den Gesetzesbruch, so etwas hab ich noch nie erlebt.")

Zu Beginn seines Berichts stellte Pfösch fest, daß es kaum einen Lebensbereich in unserer Stadt gibt, der im Berichtsjahr durch die Tätigkeit des Hochbauressorts keine wesentlichen Verbesserungen erfahren hat. Es sind daher auch wesentliche Mehrausgaben von 691 Millionen zu verzeichnen. Der Gesamtaufwand ist auf 7.143,9 Millionen angestiegen. Der Mehraufwand kam zu einem beträchtlichen Teil dem Wohnungsneubau zugute. Er ist nicht nur durch die Lohn- und Preisentwicklung entstanden, sondern in vielen Fällen durch den raschen Baufortschritt. Die raschere Fertigstellung von Wohnungen wird vor allem jenen Familien zugute kommen, die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. Gleichzeitig hat damit die Bauwirtschaft so starke Impulse erhalten, daß sie sich in Wien rascher erholt hat als in den Bundesländern.

Das Wohnbautief der vergangenen Jahre wurde eindeutig überwunden: 1975 wurden in Wien 7.145 Wohnungen fertiggestellt, davon 2.360 der Gemeinde Wien. Im selben Jahr wurde mit dem Bau von 11.000 Wohnungen begonnen. Derzeit sind rund 9.300 Gemeindewohnungen im Bau. Es ist also in den kommenden Jahren mit der jährlichen Fertigstellung von 7.000 bis 8.000 Wohnungen zu rechnen.

Pfoch ging dann ausführlich auf die Behauptung ein, der Kommunalwohnbau sei zu teuer. Eine Prüfung und Gegenüberstellung von den Bauvorhaben von 18 Gemeinnützigen Bauvereinigungen mit vergleichbaren Kommunalbauten habe ergeben, daß die Gemeindewohnungen um 15 Prozent billiger gekommen sind. Diese niedrigeren Kosten sind möglich, trotz der anerkannten Spitzenqualität - sowohl in der Durchschnittsgröße von 75 Quadratmetern - in Schweden wird nur eine Durchschnittsgröße von 65 Quadratmeter erreicht - und der qualitativen guten Ausstattung an Fußböden, Installationen, Zentralheizung etc. Die Ratschläge, die Gemeindewohnung schlechter auszustatten und damit billiger zu bauen, werden nicht befolgt werden, meinte Pfoch, weil die sozial schwächeren Bürger, die diese Wohnungen erhalten, nicht in der Lage sind, noch zusätzliche Aufwendungen zu machen.

Pfoch berichtete dann über die großen Leistungen im Rahmen der Wohnungsverbesserung. Im vergangenen Jahr haben mehr als 5.200 Familien in älteren Häusern eine bessere Wohnqualität durch Einrichtung von Bädern, von Etagenheizungen, in Form von Wasserleitungen, WC-Installationen etc. erhalten. Das Interesse nimmt noch zu, so daß die für die kleine Wohnungsverbesserung zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft wären. Es wurde daher bei Bautenminister Moser angeregt, zu prüfen, ob die Mittel für die sogenannte große Wohnungsverbesserung, die bisher wenig beansprucht wird, herangezogen werden können. Insgesamt konnten seit 1972, nachdem das Privileg der Hausbesitzer zur Beanspruchung der Wohnungsverbesserung abgeschafft wurde, in Wien 78.000 Wohnungen in irgendeiner Form verbessert werden. Die Welle der Ansuchen hat personelle Schwierigkeiten gebracht und Wartezeiten für die Antragsteller. Um diese Situation zu verbessern, wird im Juli das Zentrum für Wohnberatung in der Bartensteingasse Nr. 9 den Betrieb aufnehmen.

Auf dem Gebiet der Stadterneuerung sind die Revitalisierungsarbeiten auf dem Spittelberg und im Planquadrat angelaufen. Neben der Erhaltung der historischen Substanz wird man die Wohnungen auf einen zeitgemäßen Standard bringen. Die Kosten allerdings, sagte Pfoch, werden oft doppelt so hoch sein als für einen Neubau. Auf dem Gebiet der Liegenschaftskäufe konnten 1975 543.000 Quadratmeter Flächen erworben werden, davon entfallen 171.000 Quadratmeter auf Wohnbaugebiete bzw. Baulandreserven. Die forcierte Ankaufspolitik bzw. die Flüssigmachung von Reserven ermöglichte die von

Bürgermeister Gratz angeregte Aktion zur Errichtung von 1.000 Einfamilienhäusern. Ein Prototyp davon wird am "Tag der offenen Tür" vorgestellt werden. Aus dem großen Bereich der Wohnhäuserverwaltung und Instandsetzung berichtete Pfoch, daß derzeit in rund 2.000 Objekten mehr als 200.000 Mietobjekte verwaltet werden. Der Auftrag, die Kommunalbauten in einen guten baulichen Zustand zu versetzen, wird zum Teil - wie vom Gemeinderat beschlossen - mittels des § 7 vorgenommen. Dabei war es möglich, im wesentlichen die Mieten nicht über vier Schilling pro Quadratmeter anzuheben und nur in Ausnahmefällen auf acht Schilling zu erhöhen. In den überwiegenden Fällen wird dies von den Mietern zustimmend zur Kenntnis genommen. (smo)

Wohnungsdebatte

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezichtigte die Stadtverwaltung verschiedener Verstöße gegen die Ö-Norm bei der Vergabe von Bauaufträgen. Bei der Ausschreibung des Personalwohngebäudes des künftigen Sozialmedizinischen Zentrums Ost seien fünf Angebote vorgelegen. Bei korrekter Vorgangsweise hätte der Bestbieter zum Zuge kommen müssen. Man habe aber von Interventionen zugunsten der an vierter Stelle gereihten Firma gehört, deren Anbot um mehr als 15 Millionen höher gelegen sei. Tatsächlich wurde der Auftrag am 20. Mai 1976 an diese Firma - die Arbeitsgemeinschaft Porr-Wibeba - vergeben, angeblich, um dadurch dem notleidenden Bauring zu helfen.

In einer Anfragebeantwortung habe Vizebürgermeister Pfoch erklärt, dem Anbot der Arbeitsgemeinschaft sei ein geheimes Begleitschreiben beigelegt, das die Bereitschaft ausdrückte, einen Nachlaß zu gewähren, falls andere Firmen billiger seien. Trotz des gewährten Rabatts sei jedoch die Arbeitsgemeinschaft - so Dr. Hirnschall - noch um vier Millionen teurer gewesen als der Bestbieter.

Der Debattenredner hielt den Vorwurf, daß unkorrekt gehandelt worden sei, voll aufrecht und versprach, derartige Vergabepraktiken auch in Zukunft anzuprangern. Seine Fraktion werde dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen. (we)

Drei Forderungen standen im Mittelpunkt des Debattenbeitrages von GR. Hahn (ÖVP): Die Gemeinde soll beträchtliche Grundstücksreserven vor allem am Stadtrand verkaufen, die Grundanteilsvorfinanzierung müßte zinsengestützt werden und wenn schon ein Baurecht vergeben wird, sollte es mit einem Vorkaufsrecht gekoppelt sein.

Der Verkauf von Grundstücken würde der Gemeinde Geldmittel bringen, die sie für die Wohnbauförderung dringend braucht. Denn bereits heuer wird man eine Milliarde aus der Rücklage von Wohnbauförderungsmitteln entnehmen müssen. Für 1977 verbleiben dann noch 700 Millionen und dann ist man am Ende. Der Verkauf von Grundstücken macht einen verstärkten Einfamilienhausbau möglich, eine Idee, die nach der ÖVP nun auch Bürgermeister Gratz propagiert. Durch die Zinsenstützung für Grundanteilsvorfinanzierungen wird es auch finanziell Schwächeren möglich, Eigentum zu erwerben.

Wien liegt mit einer Quote von 4,5 fertiggestellten Wohnungen auf 1.000 Einwohner derzeit an letzter Stelle in einer österreichischen Gesamtstatistik des Wohnbaus. Salzburg liegt mit einer Quote von 10,8 an der Spitze. Eine der Ursachen ist, daß in den Bundesländern der Einfamilienhausbau dominiert.

Das PAH-Ost-Zentrum ist eine Negativdemonstration des kommunalen Wohnbaus. Glaubte man 1974 fertig zu sein, so ist heute noch kein Ende abzusehen. 224,9 Millionen waren an Baukosten vorgesehen, heute hält man bei 465 Millionen. Das ist eine Überschreitung von 108 Prozent. Auch bei anderen Wohnbauvorhaben der Gemeinde Wien kam es 1975 zu beträchtlichen Sachkrediterhöhungen. Diese wurden nicht rechtzeitig der Finanzverwaltung bekanntgegeben. (sei)

Durch das antizyklische Verhalten auf dem Bausektor hat die Stadt Wien wirksame Maßnahmen gegen die Rezession getroffen. Die Bauwirtschaft hat wichtige Impulse erhalten, die Arbeitsplätze wurden gesichert, berichtete GR. Hala (SPÖ). Allein an Wohnbauförderungsmitteln wurden 1975 um mehr als eine Milliarde Schilling mehr zur Verfügung gestellt. Insgesamt hat die Wiener Bauwirtschaft 1975 um 2,5 Milliarden mehr

Aufträge als 1974 erhalten. Wenn 1975 im gesamtösterreichischen Maßstab der Auftragsstand der Bauwirtschaft um 6,6 Prozent gesunken ist, konnte die Wiener Bauwirtschaft den Auftragsstand um 1,8 Prozent gegenüber 1974 erhöhen. Das war vor allem durch die Wohnbauaufträge der Stadt Wien möglich - sie wurden um 105 Prozent erhöht. Diese Konjunkturspritze durch die öffentliche Hand kommt in den Beschäftigtenziffern leider nicht im vollen Ausmaß zum Ausdruck - wegen gewisser Strukturbereinigungen und weiteren Rationalisierungsmaßnahmen. Daß für das gute Abschneiden der Bauwirtschaft vor allem der städtische Wohnungsbau ausschlaggebend war, geht aus folgenden Vergleichszahlen hervor: Im September 1974 standen 22.000 Wohnungen, davon 5.500 Gemeindewohnungen, im Bau. Im September 1975 waren es 23.000 Wohnungen, davon 8.500 Gemeindewohnungen. Die starke Zunahme auf dem Gebiet der Wohnungsverbesserung hat in erster Linie dem Kleingewerbe - Installateuren, Malern, Anstreichern, Fliesenlegern - etc. eine verstärkte Auftragslage gebracht. Insgesamt wurde 1975 ein Darlehensvolumen von 480 Millionen zur Wohnungsverbesserung gewährt, gegenüber 370 Millionen im Jahr vorher. (smo)

GR. Dr. Habl (ÖVP) bezeichnete die Vergabe für die Bauarbeiten am Sozialmedizinischen Zentrum Ost als Beispiel für eine fehlerhafte Arbeitsvergabe. Die Vergaberichtlinien sollten grundsätzlich überprüft werden. Bei einigen Ausschreibungen seien unrichtige Ausmaße angegeben worden. Bei der Bestätigung von Arbeiten und bei der Abrechnung sei nicht immer mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen worden. Vor der Sachkreditgenehmigung sollte es keine Vergaben geben. Habl gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Liegenschaftsevidenz bald vorliegen werde, um einen Überblick über die vorhandenen Grundstücke und deren Verwendung zu ermöglichen.

Die ÖVP werde dem VII. Hauptstück des Rechnungsabschlusses nicht zustimmen. (ger)

GR. Bednar (SPÖ) bezeichnete die Halbzeitbilanz der Bautätigkeit als einen Beweis dafür, daß die Sozialisten gut gearbeitet hätten, um ihr Wahlversprechen voll zu erfüllen. In den Jahren 1972/73 habe es wohl Schwierigkeiten im Wohnbau gegeben, 1974/75 zeigten sich dagegen Erfolge. Während früher der Stadterweiterung das Wort geredet und am Stadtrand gebaut werden mußte, weil in den Innenbezirken kein Baugrund zu erhalten war, werde jetzt das Hauptgewicht auf die Stadterneuerung gelegt. Der Wiener Bevölkerung sei damit gezeigt worden, daß die Sozialisten alle Wohnbauformen in Anwendung

bringen, Hauptform werde jedoch auch weiterhin der soziale Wohnbau sein, da es in der Stadt noch 250.000 Substandardwohnungen gäbe.

Das Aufzugsprogramm komme besonders den älteren Mitbürgern zugute. Im vergangenen Jahr wurden 112 Aufzüge in bereits bestehende Wohnhausanlagen eingebaut, heuer werden es 163 sein.

Nachdem GR. Bednar das Geschehen auf den Scalagründen als eine eklatante Rechtsbiegung bezeichnet hatte, erklärte er, daß seine Fraktion dem Rechnungsabschluß zustimmen werde. (we)

Vor zehn Jahren war die Stadterweiterung noch notwendig, erklärte Vizebürgermeister Pfösch (SPÖ) in seinem Schlußwort. Damals ging es darum, gute Wohnungen für möglichst viele zu bauen und das war eben nur am Stadtrand möglich. Heute, nachdem der größte Bedarf gedeckt ist, könne man sich verstärkt der Stadterneuerung und der Wohnungsverbesserung zuwenden.

Der kommunale Wohnbau schneidet bei einem Kostenvergleich noch immer am besten ab. Die Erhöhung beim PAH-Ost-Zentrum ist zu 68 Prozent durch Baukostensteigerungen aufgrund von Indexsteigerungen zurückzuführen. Die restlichen Kosten betreffen Erweiterungen wie zusätzliche Parkplätze **und Gemeinschaftseinrichtungen** sowie Fundamentierungsschwierigkeiten. Als Beweis für objektive Schwierigkeiten im Bauwesen führte Pfösch Kostenerhöhungen bei Privatbauten in der Höhe von 45 bis 98 Prozent an. Diese Bauten enthalten aber nicht die erwähnten Zusatzeinrichtungen. Jedenfalls rechtfertige die geschaffene Qualität beim PAH-Ost den Preis. Die Sachkrediterhöhungen, die derzeit massiv gestellt werden, sind unangenehm, lassen sich aber aus personellen Schwierigkeiten erklären. Leitende Mitarbeiter, die ständig damit betraut sind, wurden gleichzeitig für einen längeren Zeitraum krank. In Summe halten sich die Sachkrediterhöhungen gegenüber den gesamten Vorhaben jedoch in Grenzen.

"Verkaufen Sie nicht wegen eines Gags Rechtsgrundsätze", erklärte Pfösch, zur Pflanzung von Bäumen auf den Scala-Gründen. Der Meinung der ÖVP, es handle sich dabei nur um eine Absichtserklärung wie sie ebenfalls vorigen Herbst bei der Grundsteinlegung der Fleischfabrik der KGW Wien erfolgt ist, widersprach Pfösch: In St. Marx besteht bereits ein Vorvertrag. Eigenartig ist, daß für die ÖVP ein ihrer Meinung nach unrichtiger Vorgang einen anderen unrichtigen Vorgang rechtfertigt.

Abstimmung: Das Hauptstück Wohnen und Liegenschaftswesen wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, ein Antrag der ÖVP, Gemeindegrundstücke an gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern zu verkaufen, wurde einstimmig zugewiesen.

Der Rechnungsabschluß 1975 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Kontrollamtsbericht wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ zur Kenntnis genommen. Die Beratungen werden morgen Mittwoch mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Städtische Unternehmungen, fortgesetzt. Vorher (9 Uhr) tritt der Landtag zu einer Geschäftssitzung zusammen. (sei)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

oevp-aktion auf scala-gruenden ist gesetzeswidrig

17 wien, 29.6. (rk) ''die oevp-aktion auf den scala-gruenden, bei der einige baume gepflanzt wurden, ist eindeutig gesetzeswidrig'', erklarte vizebuergermeister hubert p f o c h gegenueber der ''rathaus-korrespondenz''.

''die oevp behauptet immer, dass sie fuer das recht und fuer den schutz des eigentums sei'', sagte pfoch. ''hier hat sie gezeigt, dass ihr recht und eigentum egal sind, wenn es gegen die stadt wien geht. nationalratsabgeordnete der oevp, die im parlament gegen mehr polizisten und damit gegen mehr sicherheit in wien gestimmt haben, missachten jetzt auch noch - ebenso wie wiener gemeinderaeete der oevp - demokratisch zustande gekommene beschluesse und wenden methoden der sogenannten ausserparlamentarischen opposition an.

die wiener stadtverwaltung wird sich gegen solche methoden mit den mitteln der demokratie und des rechtsstaates zur wehr setzen. die klage wegen besitzstoerung wird umgehend eingebracht''. (sti)

1356

k o m m u n a l :

=====

gute aussichten fuer wirtschaftliche entwicklung in wien
schweizer untersuchung als grundlage fuer weitere massnahmen

13 wien, 29.6. (rk) im auftrag des finanzministeriums und der stadt wien fuehrte die schweizer firma prognos umfangreiche untersuchungen durch, deren zweck es war, "grundlagen fuer eine strategie zur laengerfristigen sicherung des wirtschaftlichen wachstums in oesterreich sowie im ballungsraum wien" zu finden. in einer pressekonferenz legten finanzminister hannes androsch und buergermeister leopold gratz das ergebnis dieser studie vor. in der bis zum jahre 1985 geltenden vorschau wird betont, dass das materielle wachstum oesterreichs weiterhin ueber dem westeuropas liegen werde. dasselbe gelte fuer den ballungsraum wien. auch fuer dieses gebiet sei eine guenstige wirtschaftliche entwicklung zu erwarten.

buergermeister gratz verwies in einer einleitenden stellungnahme darauf, dass die wirtschaftliche ausgangslage wiens fuer diese studie sehr guenstig gewesen sei. in der untersuchungszeit sei ein ueberprozentueller anteil wiens am nationalprodukt oesterreichs und ebenfalls ein ueberproportionaler anteil wiens am steueraufkommen fuer ganz oesterreich zu verzeichnen gewesen. da es die absicht der wiener stadtverwaltung sei, dass wien weiterhin industrieller arbeitsplatz und handelsplatz bleiben solle, sei es sinn und zweck dieser untersuchung, hinweise fuer die entwicklung und somit fuer massnahmen zu liefern.

in der untersuchung wird darauf hingewiesen, dass mit einer abnahme der bevoelkerung von derzeit 1,615.000 einwohner auf 1,558.000 bis zum jahre 1985 zu rechnen sei. durch das geburtendefizit allein wuerde die bevoelkerungsverringerung staerker ausfallen, doch rechnet die prognos wien grosse chancen fuer eine verstaerkte zuwanderung zu.

als besonders erfreulich bezeichnet die prognos die wirtschaftsfoerdernden massnahmen der stadt wien. dazu teilte buergermeister gratz mit, dass in der zeit von 1970 bis 1975 zwei milliarden s an

./.

foerderungsmittel fuer die wiener wirtschaft aufgewendet wurden. in dieser zeit wurden 1,2 millionen quadratmeter grundflaechen fuer betriebsansiedlungen aufgeschlossen.

nach der studie der prognos sei der bedarf an zusaetzlichen wohnungen in wien nur sehr gering. da jedoch der bestand an schlechten wohnungen mit etwa einem drittel noch sehr hoch sei, muesse der wohnungsneubau in vollem umfang fortgesetzt werden, um nach und nach die schlechten wohnungen durch neue ersetzen zu koennen. bei einer fortsetzung der jaehrlichen wohnbauleistung von 10.000 bis 11.000 wohnungen koennte bis zum jahre 1985 der anteil der schlechten wohnungen auf 19 prozent gesenkt werden. wien wuerde dann eine bessere wohnstruktur als die gesamte region einschliesslich nieder-oesterreich und dem noerdlichen burgenland aufweisen.

ausfuehrlich befasst sich die studie mit dem verkehrsproblem. sie stellt fest, dass in wien auf einem halben prozent der flaeche des oesterreichischen bundesgebietes 25 prozent der personenkraftwagen angemeldet sind. die prognos stellt fest, dass hier dem oeffentlichen verkehr eine klare prioritaeet einzuraeumen sei. gleichzeitig mit der schaffung eines verkehrsverbundes wird die reduktion des individualverkehrs fuer die innenstadt vorgeschlagen. parkmoeglichkeiten fuer den individualverkehr sollen kuenftig nicht mehr in der innenstadt, sondern moeglichst im zusammenhang mit oeffentlichen verkehrsmitteln (park-and-ride-system) errichtet werden. durch die verringerung des autoverkehrs in den inneren bezirken konnte durch den wegfall der abgase die lebensqualitaet bedeutend verbessert werden.

im bezug auf das gesundheitswesen verweist die prognos-untersuchung darauf, dass wien mit gesundheitseinrichtungen gut versorgt sei. der bedarf an zusaetzlichen spitalsbetten bis 1985 sei sehr gering. er betrage nur 754 betten, waehrend der bedarf in den westlichen bundeslaendern etwa 4.000 betten ausmacht. es sei jedoch auch in wien eine modernisierung vieler gesundheitseinrichtungen notwendig. der bedarf an schulplaetzen in den pflichtschulen werde in wien bis 1985 um 20 prozent, in den allgemeinbildenden hoeheren schulen um etwa fuenf prozent sinken. dies ist auf den zu erwartenden geburten-

rueckgang zurueckzufuehren. um jedoch der wirtschaft weiterhin eine ausreichende zahl von gut ausgebildeten arbeitskraeften anbieten zu koennen, sei eine noch zu findende form der nachschulung und der erwachsenenweiterbildung erforderlich.

wie buergermeister gratz erklaerte, seien die ergebnisse dieser untersuchung interessant. wenn auch nicht in allen punkten den vorschlaegen zugestimmt werden koenne, so werde diese untersuchung die grundlage fuer weitere massnahmen in der naechsten zeit sein. (ab) 1335

L o k a l :

=====

schiedler: sendertrennung erster schritt
echte regionalisierung im orf erforderlich

12 wien, 29.6. (rk) als ersten schritt zur aufhebung der benachteiligung wiens gegenueber anderen bundeslaendern bezeichnete stadtrat peter s c h i e d e r , Landesvertreter im orf-kuratorium, die aufnahme des betriebes eines eigenen lokalsenders fuer wien ab 1. juli. der neue sender ermoeglicht die ausstrahlung eigener lokalsendungen. studio wien wird wie bisher das gesamtosterreichische regionalprogramm bestuecken und teilweise im kombinatsprogramm wien, niederosterreich, burgenland verbleiben. ein wesentlicher vorteil ist vor allem die moeglichkeit, sich jederzeit, wenn es besondere gegebenheiten erfordern, vom ring- beziehungsweise kombinatsprogramm zu loesen und ueber lokale ereignisse zu berichten.

auch der zweite schritt zur besserstellung wiens im orf wurde im planungsstadium bereits getan. bis zum 1. juli 1977 sollen die technischen voraussetzungen fuer die trennung der beiden studios niederosterreich und burgenland geschaffen werden. dies bedeutet in der praxis, dass von diesem zeitpunkt an wien, niederosterreich und burgenland ihre eigenen laenderprogramme voll gestalten koennen.

nach ansicht von stadtrat schieder wird es nun notwendig sein, vor allem beim fernsehen eine staerkere regionalisierung des programms zu erreichen. im gegensatz zum rundfunk (regionalprogramm) gibt es fuer das fernsehen jedoch noch kein klares konzept, wie den wuenschen der laender nach staerkere beruecksichtigung ihrer informationsinteressen entsprochen werden kann. (rp)

L o k a l :

gratz bei naechtlichem pioniereinsatz auf dem karlsplatz

9 wien, 29.6. (rk) buergermeister leopold g r a t z besuchte in der nacht zum dienstag die pioniere des bundesheeres, die in einem konzentrierten grosseinsatz den 54 meter langen fussgaengersteg auf dem karlsplatz abbauten. gratz sorgte auch dafuer, dass der verpflegsbus der wiener feuerwehr fuer die soldaten zur verfuegung gestellt wurde.

in der sitzung des stadtseats hob gratz das tempo und die praezision der vom bundesheer geleisteten arbeit hervor, die eine beendigung der arbeiten vor beginn des fruehverkehrs ermoeeglichte. er dankte dem bundesheer und den pionieren fuer die geleistete hilfe. (st1)

1130